

Serbiens Geisterfahrt nach Europa

BERNHARD STAHL

Angesichts demolierter Botschaftsgebäude in Belgrad brachte der slovenische Außenminister und EU-Ratsvorsitzende Rupel die Ratlosigkeit der EU zum Ausdruck: »Ich glaube nicht, dass es für unsere serbischen Freunde eine andere Möglichkeit gibt als die EU. Wo sollten sie hingehen?« Die anklingende Ungewissheit über Serbiens außenpolitischen Weg ist berechtigt, vergegenwärtigt man sich das Wahlergebnis der Parlamentswahlen vom 11. Mai 2008. Trotz der Zugewinne für die pro-europäischen Parteien – deren Sieg in den westlichen Medien ausgiebig bejubelt wurde – offenbart ein zweiter Blick auf das Wahlergebnis eine andere Botschaft: In den Maiwahlen haben die serbischen Wähler in ihrer Mehrheit Parteien den Regierungsauftrag erteilt, die sich gegen die Priorität europäischer Integration ausgesprochen haben. Das sind die Demokratische Partei Serbiens des amtierenden Premiers Koštunica, die seit zwei Jahren nur über Kosovo spricht, die Radikale Partei Serbiens, Hauptverantwortliche der ethno-nationalistischen Wende der 1980er und 1990er Jahre in der serbischen Politik, und die Sozialistische Partei, deren Parteichef Slobodan Milošević war. Die beiden letztgenannten sind aus westlicher Sicht verantwortlich für das Desaster des Milošević-Regimes: das Auseinanderbrechen Jugoslawiens, vier Kriege, drei Jahre Hyperinflation und die materielle und moralische Verelendung der Gesellschaft. Die einzige Regierungsalternative zu diesem europaskeptischen Triumvirat wäre ein Umschwenken der Sozialisten hin zum pro-europäischen Block, was nicht einer gewissen historischen Ironie entbehrt: Die Partei des großen Zerstörers Milošević fungierte dann als Steigbügelhalter der serbischen EU-Integration.

Das Wahlergebnis hat deutlich gemacht, dass die EU letztlich mit ihrem bis zur Peinlichkeit getriebenen Bemühen gescheitert ist, Serbien dauerhaft auf einen europäischen Weg zu bringen. Brüssel sollte sich eingestehen, dass die ohne serbische Gegenleistung erfolgte taktische Vermehrung von Offerten, Versprechen von »Fast-track«-Integration und das Verwässern eigener Konditionalität leergelaufen ist. In Serbien wie-

derum herrscht tiefe Verunsicherung über die Absichten der EU. Angesichts der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovos durch die Mehrheit der EU-Staaten und des Westens fragen sie sich: »Ist die Welt denn verrückt geworden?« Diese Ratlosigkeit auf der europäischen, dieses Unverständnis auf der serbischen Seite sind mehr als flüchtige Irritationen: Es sind Symptome einer fundamentalen mentalen Kluft zwischen der EU und Serbien.

Die EU und Serbien: Wunsch und Wirklichkeit

Die beidseitigen Verstörungen kommen mitnichten aus dem Nichts, vielmehr haben sie Tradition. Die EU hat ihrerseits stets an eigenen Wunschbildern des Balkans festgehalten und nur verspätet ihre Politik den ungeliebten Realitäten vor Ort angepasst. Obwohl die serbische Elite sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre von der internationalistischen Idee des Tito-Jugoslawien verabschiedet hatte und auf einen nationalistischen Kurs eingeschwenkt war, hielt die EG noch bis zum Ausbruch des Kroatienkriegs 1991 an der Fiktion eines Bundesstaates Jugoslawien fest und konnte den Horror der Jugoslawienkriege mangels Einigkeit und geeigneter Mittel nicht verhindern. Nachdem der Westen 1995 unter Führung der USA mit Milošević den Waffenstillstand von Dayton ausgehandelt hatte, kehrte die EU zu einer wohlmeinenden Politik gegenüber Belgrad zurück, was jedoch die demokratische Opposition im Land schwächte und das sultanistische Regime Milošević verlängerte. In der Auseinandersetzung um das Kosovo 1998–99 wiederum hofften die Europäer lange Zeit vergebens auf ein Einlenken Miloševićs und versprachen, dass das Kosovo in jedem Fall in der Souveränität Serbiens verbleiben sollte. Jedem aufgeklärten Beobachter war bereits zu diesem Zeitpunkt klar, dass die Kosovo-Albaner – die 90 Prozent der Bevölkerung der Region ausmachen – niemals freiwillig unter die Kontrolle Belgrads zurückkehren würden. Gleichwohl, auch nach dem Bombenkrieg gegen Serbien fühlte sich die EU an dieses Versprechen gebunden, wodurch die serbische Demokratie das Kosovo-Problem erben sollte – eine ›Weimar-Hypothek‹. Überhaupt gab sich Brüssel nach dem Sturz Miloševićs im Jahr 2000 der Illusion hin, die übrigen Nationalitätenkonflikte würden in Verhandlungen einvernehmlich gelöst werden können und der Prozess der Auflösung Jugoslawiens sei somit – endlich – zu einem Ende gekommen. In der berechtigten Freude über die friedliche Revolution in Belgrad war

der Westen nur allzu gern bereit, die Verantwortung für Serbiens ethno-nationalistische Außenpolitik primär dem Despoten Milošević zuzuschreiben, während sie die Opposition mit demokratischen Vorschusslorbeeren bedachte. Dabei übersah man jedoch, dass Milošević allenfalls ein vorgeschobener, instrumenteller Nationalist gewesen war, jedoch große Teile der serbischen Opposition bis heute der Idee einer nationalen Wiedergeburt der serbischen Nation anhängen.

Im Bestreben, das Auseinanderfallen Rest-Jugoslawiens zu stoppen, zwang die EU Serbien und Montenegro einen Staatenverbund auf, der jedoch seine vertraglich fixierte Mindesthaltbarkeitsdauer nicht überlebte. Doch um Montenegro eine Abspaltung zu erschweren, erfand die EU sogar eine neue Demokratieschwelle von 55 Prozent Ja-Stimmen zugunsten einer Unabhängigkeit – was indes die Sezession Montenegros (2006) nicht zu verhindern vermochte. Das »Wait-and-see«-Verhalten der EU hat den Prozess der Staatsbildung Serbiens verlängert und so die demokratische Transition erschwert. Dieses Muster sollte sich im Kosovofall wiederholen, mit noch weitreichenderen Konsequenzen. Um die Statusfrage nicht anpacken zu müssen, machte sich der Westen das Prinzip des ehemaligen Kanzler-Beraters Schröders und späteren Kosovo-Sondergesandten, Steiner, für ihre Kosovopolitik zu eigen: »Standards vor Status«. Zwar widersprach dieses Credo in eklatanter Weise allen Erkenntnissen der Transitionsforscher, doch focht dies die internationale Gemeinschaft nicht an, hoffte sie doch auf eine kooperative Verhandlungsführung der nunmehr demokratischen Regierung Serbiens. Diese Hoffnung blieb unerfüllt. Vielmehr haben sich die Regierungen unter Koštunica von Beginn an geweigert, überhaupt konstruktiv über eine Unabhängigkeit des Kosovo zu verhandeln und bezogen damit inhaltlich die gleiche Position wie Milošević in den Verhandlungen von Rambouillet 1999. Erst die Unruhen im Frühjahr 2004, als serbische Kirchen abgefackelt und 19 Menschen ermordet wurden, signalisierten der EU, dass die europäische Vision eines multikulturellen Kosovo im Schoße eines demokratischen Serbiens eine bloße Wunschvorstellung war. Nichtsdestotrotz verschloss sich die EU von Anfang an einer Teilungsoption für den Kosovo und trug so dazu bei, dass das »Alles-oder-Nichts-Spiel« der Verhandlungsparteien nicht aufgebrochen werden konnte. Nach zwei Jahre dauernden Verhandlungen ohne jedes greifbare Ergebnis musste die Troika USA, EU und Russland Ende 2007 das Scheitern der Status-Verhandlungen eingestehen. Der Kosovo erklärte sich am 17. Februar 2008 für unabhängig. Die EU konnte sich auch nach monatelangen internen

Abstimmungsprozessen nicht auf eine einheitliche Anerkennungspolitik einigen. Während eine Mehrheit um die großen Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien das Kosovo anerkannt hat, verweigern sich dem bislang Spanien, die Slowakei, Griechenland, Zypern und Rumänien.

Das Kriegsverbrecher-Drama

Parallel zum Kosovo-Drama belastet die Kriegsverbrecherfrage die beidseitigen Beziehungen. Die EU hatte eine Kooperation mit dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zur *Conditio sine qua non* einer Annäherung an Europa gemacht. Erst wenn die in Serbien vermuteten mutmaßlichen Kriegsverbrecher – allen voran der Verantwortliche für den Genozid in Srebrenica, General Mladić – ausgeliefert würden, könnte das Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen (SAA) erfolgreich zu einem Abschluss gebracht werden. Hatte die Regierung Djindjić noch den ehemaligen Staatspräsidenten Milošević ausgeliefert, gestaltete sich die Kooperation mit den Nachfolgerregierungen unter Koštunica mehr als schleppend. Die EU suspendierte die Gespräche zeitweilig im Jahr 2006, woraufhin die serbische Regierung zehn mutmaßliche Kriegsverbrecher dazu »überredete«, sich »freiwillig« dem Gerichtshof zu stellen. Deren Bereitschaft hatte die Regierung mit großzügigen Finanztransfers an deren Familien erkaufte, begleitet von einer »Sie-opfern-sich-für-Serbien«-Rhetorik in den Medien. Die EU reagierte mit einer Wiederaufnahme der Gespräche und paraphierte sogar das Stabilitätsabkommen, um die pro-europäischen Parteien in Serbien zu unterstützen. Als der Präsidentschaftswahlkampf 2007/08 zwischen dem Pro-Europäer Tadić und dem Kandidaten der nationalistischen Radikalen Partei, Nikolić, Spitz auf Knopf stand, wollte die EU Tadić dadurch stärken, dass sie die Forderung nach der Auslieferung Mladićs fallen ließ. Doch Belgien und die Niederlande – die Regierung Kok war 2002 nach der Veröffentlichung eines Untersuchungsberichts zur Rolle der niederländischen UN-Soldaten in der Enklave zurückgetreten – weigerten sich, dem im EU-Rat zuzustimmen. Die EU schnürte daraufhin ein für Serbien günstiges Kooperationsabkommen als Vorstufe zum SAA, doch nun lehnte Premierminister Koštunica eine Unterzeichnung ab, denn er interpretierte die beschlossene Entsendung eines EU-Kontingents zur Wiederaufbauhilfe in den Kosovo (EULEX) als Unterstützung der Unabhängig-

keitsbestrebungen Kosovos und wertete dies als feindlichen Akt. Über die Frage der serbischen EU-Integration im Allgemeinen und der Unterschrift unter das Abkommen im Besonderen brach die serbische Regierung auseinander, mit der Aussicht auf Neuwahlen am 11. Mai 2008. Das Parteienbündnis um Koštunica hatte angekündigt, mit den Radikalen eine Regierung bilden zu wollen – ihr Sieg galt als wahrscheinlich. Aus Furcht vor ihrem Wahlsieg schreckte die EU nun nicht mehr vor offener taktischer Wahlunterstützung zurück: Ende April einigte sie sich darauf, das SAA zu unterzeichnen – in Kraft treten soll es jedoch erst bei entsprechender Kooperation mit dem Jugoslawientribunal. Während der serbische Präsident Tadić nun nach Luxemburg eilte, um das Abkommen für Serbien zu unterzeichnen, erklärte der eigentlich zuständige Regierungschef Koštunica derweil in Belgrad die Unterschrift des Präsidenten für nichtig. Währenddessen wird das Grummeln in den Regierungen der Nachbarstaaten Serbiens lauter, belohne Brüssel doch zusehends Nicht-Kooperation statt Wohlverhalten. Schließlich erfolgten die europäischen Zugeständnisse ohne sichtbare serbische Gegenleistung. Die peinlichen diplomatischen Konzessionen haben deutlich gemacht: Die EU-Politik gegenüber Serbien steht vor einem Scherbenhaufen.

Der Quell der Missverständnisse: Inkompatible Identitäten

Der Schlingerkurs der serbischen Regierungen erzeugt Ratlosigkeit in Brüssel, während die EU-Politik in Serbien auf blankes Unverständnis stößt – woran liegt das? Der Schlüssel zum Verständnis liegt aus meiner Sicht in den verschiedenen kollektiven Identitäten, darin, wer »wir« und »die anderen« in der Vergangenheit waren, wer »wir« und »die anderen« in der Gegenwart sind und in der Zukunft sein sollen.

Die Europäische Union ist ihrem Selbstverständnis nach eine »Zivilisation«, die – im Sinne von Norbert Elias' (1976) Abgrenzung von »Kultur« – auf Leistung beruht und offen und integrativ ausgerichtet ist. Die EU als Zivilisation begreift sich dynamisch, sie basiert auf Werten und Regeln, die kleinere wie große Staaten gleichermaßen akzeptieren, und versucht beständig, den Raum des Friedens, des Wohlstands sowie der Demokratie auch in Gebiete jenseits ihrer Grenzen zu exportieren. Besonders deutlich kommt das offene Leistungsprinzip im Erweiterungsprozess zum Ausdruck, wenn die verschiedenen Bewerber »das gemeinsam Erreichte«, den gesamten Besitzstand der EU übernehmen müssen,

um in den Genuss der gemeinsamen Regeln und Leistungen zu kommen. Das serbische Selbstverständnis definiert sich demgegenüber primär kulturell, weniger zivilisatorisch. So verstanden steht Serbien als alte europäische Kultur ein natürlicher Anspruch auf Mitgliedschaft zu und muss ihn sich nicht verdienen. Für viele Serben erscheinen demzufolge die mit dem SAA verknüpften Konditionalitäten im besten Fall als Gängelung, im schlimmsten Fall als Erpressung. Das restriktive Visa-Regime der EU und die Forderung nach Auslieferung der Kriegsverbrecher werden demnach nicht als zivilisatorische Standards gesehen, bei denen Serbien eine Bringschuld hat. Vielmehr erscheinen sie weiten Teilen der Elite wie der Bevölkerung als schiere Instrumente der Demütigung und Unterwerfung. Dies umso mehr, als dass die Welt noch durch das Prisma der Großmachtspolitik gesehen wird, in der die allmächtigen USA der devoten EU ihren Willen beliebig oktroyieren kann und Deutschland beständig an der Ausweitung seiner Einflusszone auf dem Balkan arbeitet. Regeln und Konditionalität erscheinen in dieser Wahrnehmung als Oberflächenphänomene, während die »tieferliegenden« Interessen der westlichen Großmächte weiterhin auf die Niederhaltung Serbiens zielen, weil es ihren geostrategischen Plänen – wie schon oft in der Geschichte – im Wege steht. In dieser Welt der Konspiration bietet eine Anlehnung an Putins Russland nicht nur eine kulturelle Alternative zur Hegemonie des Westens, sondern auch eine politische Chance, stemmt sich doch die wiedererstarkte Großmacht Russland gegen die Allmacht der USA.

Das serbische Selbstverständnis als »Kultur« hat eine weitere Implikation: Eine »Kultur« erscheint im Gegensatz zur Zivilisation eher exklusiv als inklusiv. Die serbische Identität definiert sich bis heute abgrenzend zu den Nachbarkulturen, insbesondere solchen mit muslimischer Religion (Albaner, Türken, Bosniaken). Dass auch diese – bei entsprechender Leistung – einen Anspruch auf EU-Mitgliedschaft erwerben könnten, ist für die meisten Serben schlichtweg unverständlich. Denn schließlich bildet der gerechte Kampf gegen die Osmanen vom 14. bis ins 20. Jahrhundert (auch die Bosniaken im Bosnienkrieg 1992–95 wurden von den serbischen Einheiten Türken genannt) wie auch gegen die Kosovo-Albaner 1998–99 einen zentralen Baustein der eigenen Geschichte der Abgrenzung. Dementsprechend gaben sich die serbischen Regierungen in den letzten Jahren keinerlei Mühe, einen Plan für die Integration der Kosovo-Albaner in die serbische Gesellschaft vorzulegen. Da die Kosovo-Albaner die serbischen Wahlen ohnehin seit langem boykottiert hatten, beschloss die Regierung des »Legalisten« Koštunica darüber hinaus, sie einfach

auch aus dem Wahlregister der Parlamentswahlen 2007 zu streichen, und beraubte sie auf diese Weise eines elementaren Bürgerrechts. Der Boden des Kosovo ist Teil der serbischen Kultur, die Kosovo-Albaner, die auf ihm leben, sind es nicht.

Die Last der Vergangenheit

Doch nicht nur das Bild von der Welt »wie sie ist« unterscheidet sich, noch gravierender erscheinen die Diskrepanzen in Bezug auf die Deutung der Vergangenheit. Während die EU und der Westen ihre Balkan-Politik als Ergebnis von interaktiven Lernprozessen begreifen, an denen serbische Akteure entscheidend mitwirkten – sei es in der Phase der Gewaltspirale 1998/99 oder in den langen Verhandlungen 2006/07 –, pflegen weite Teile der serbischen Elite und der Bevölkerung ein eher statisches Bild von Politik und Geschichte: Der Kosovo-Krieg heißt hier nur »NATO-Aggression« und beginnt erst mit der Bombardierung Serbiens. Die zur Legitimierung des Krieges von Chirac, Blair und Schröder eingeführte Unterteilung in ein »gutes serbisches Volk« und ein »repressives, faschistoides Regime unter Milošević«, dem man mit selektiven Luftschlägen gegen die Symbole des Machtapparates sein Handwerk legen musste, wurde von der Mehrheit der serbischen Bevölkerung nicht gekauft: »Wir wurden bombardiert«, hört man allerorten. Und ähnlich verhält es sich mit den Glaubenssätzen zu den Jugoslawienkriegen 1991–99. Veranschaulicht sei dies am Beispiel von drei Aussagen, die allesamt »die herrschende Meinung« der westlichen Forschung widerspiegeln: »In den Kroatienkriegen 1991–95 sind mehr Kroaten als Serben umgekommen«, »in den Bosnienkriegen 1992–1995 sind mehr Bosniaken als Serben umgekommen« und »im Kosovo-Krieg 1998/99 sind mehr Albaner als Serben umgekommen.« Es fällt sehr schwer, in Serbien irgendjemanden zu finden, der auch nur einer dieser Aussagen zustimmen würde – man glaubt es schlichtweg nicht. Mit Aussagen dieser Art konfrontiert, wird üblicherweise reflexartig in die historische Trickkiste gegriffen: Die unzähligen Opfer des serbischen Volkes im Ersten Weltkrieg oder im kroatischen Vernichtungslager Jasenovac im Zweiten – beides ist historisch korrekt – werden in die Waagschale geworfen und die Opfer aufgerechnet. Dass ein Annehmen der eigenen historischen Verantwortung gesellschaftspolitisch noch gar nicht begonnen hat, ist am Erfolg der größten und nach Ansicht einiger Parteienforscher einzigen Volkspartei

Serbiens abzulesen: der Serbischen Radikalen Partei. Während historisch belastete europäische Parteien wie Die Linke in Deutschland oder die Alleanza Nazionale in Italien bereits mehrmals ihren Namen wechselten, um sich von den Untaten der Vorgänger abzugrenzen, firmiert die Radikale Partei unter demselben Namen wie zu der Zeit, als sie unter Milošević in der Regierung war. Einzigartig in Europa ist zugleich, dass ihr Vorsitzender Šešelj – mit einem Parlamentsmandat ausgestattet – als mutmaßlicher Kriegsverbrecher in Den Haag einsitzt.

Das beständige Erinnern an die eigene Opferrolle – die mythologisch verklärte Niederlage gegen die Osmanen auf dem Amselfeld 1389 fungiert hierbei als historisches »Hors d'œuvre« – und die Projektion jeglicher Schuld und Verantwortung sind keineswegs einzigartig, sondern entsprechen Mustern, die der Historiker Schievelbusch (2003) als »Kultur der Niederlage« charakterisiert hat. Hierin liegt der Kern der Schwierigkeiten der serbischen EU-Annäherung. Jedwedes Insistieren auf zivilisatorische Standards genauso wie wohlgemeinte wirtschaftliche Incentives treffen im serbischen öffentlichen Diskurs auf diese »Kultur der Niederlage« – die Angebote der EU erscheinen primär als raffinierte Instrumente der Unterdrückung, um Serbien gefügig zu machen.

Was tun?

Die Identität Serbiens ist noch inkompatibel mit der der EU. Aus diesem Grund sollte sich die EU von der Hoffnung einer raschen und nachhaltigen Hinwendung Serbiens nach Europa verabschieden. Doch dies sollte mitnichten heißen, Serbien den Rücken zu kehren und es seiner Identitätsfindung zu überlassen. Schließlich gilt es, den vielen, vor allem jungen Menschen in Serbien eine europäische Perspektive zu eröffnen. An Stelle kurzfristiger taktischer Manöver zugunsten einzelner Parteien oder Politiker, die dann im Zweifel als »Partei des Auslands« diskreditiert werden, sollte man eine langfristig angelegte Strategie entwickeln, die im Kern Identitäts- und Geschichtspolitik sein muss. Dies ist zugegebenermaßen etwas Neues für die EU, die sich bislang eher auf die Herstellung materieller Voraussetzungen für einen Beitritt konzentriert hat. Die immaterielle Beitrittsfähigkeit wurde bislang den nationalen Eliten überlassen, die – aus welchen Motiven sei dahingestellt – das nationale Selbstverständnis in öffentlichen Debatten »europakompatibel« machen sollten. Dass dies übrigens auch in den zehn Beitrittsländern bisweilen nur

eingeschränkt gelungen ist, musste die deutsche Ratspräsidentschaft in der Auseinandersetzung mit der Regierung Kaczyński schmerzlich erfahren. Für Serbien ist eine solche Europakompatibilität mittelfristig nicht zu erwarten. Das laute Beschweigen der eigenen Verantwortung im Kosovo-Fall durch Präsident Tadić und das Einschwenken der pro-europäischen Regierungsparteien auf Koštunica's Kurs der Selbstblockade sind ein schlechtes Omen. Die von Djindjić propagierte »De-Emotionalisierungsstrategie« der bewussten Vermeidung von Identitätswandel für Serbien ist gescheitert. Eingedenk der mittelfristig unausweichlichen Beitrittsperspektive Kosovos hat Serbien seinen eigenen Beitritt durch das »ewige« Versprechen der Nicht-Anerkennung Kosovos selbst blockiert.

Was könnten nun Elemente einer solchen Identitätspolitik sein? Reisefreiheit und großzügige Stipendien für Studierende und Schüler sowie Jugendaustauschprogramme vor allem in Bereichen, die sich in Serbien großer Beliebtheit erfreuen, wie Sport und Musik, könnten den Anfang bilden. Die Förderung von Städtepartnerschaften mit den Nachbarländern ließe sich in den Regionalen Kooperationsrat, den Nachfolger des Stabilitätspakts für Südosteuropa, einbetten. Auf der wissenschaftlichen Seite sollten Forschungsprojekte für gemischte Forschergruppen von Historikern aus der Region lanciert werden, ein essenzielles Kernprojekt wäre die Erarbeitung eines gemeinsamen Geschichtsbuchs. Überhaupt gehörten die nationalen Bildungscurricula auf den Prüfstand in Bezug auf Internationalität, Offenheit und die Vermittlung universeller Werte. Genauso wichtig erscheint die Einbeziehung der Alltagsmedien. Die Präsenz ausländischer Balkan-Experten in serbischen Nachrichtensendungen und Talkshows wäre wünschenswert, eine extensive Filmförderung – wie wäre es etwa mit einem Mehrteiler über ein Familienschicksal aus Sarajevo à la »Holocaust«? – böte sich an. Auch finanzielle Unterstützung für Übersetzungen von ausländischen belletristischen Werken wie für wissenschaftliche Literatur täte Not. Und schließlich würden sich Maßnahmen empfehlen, die persönliche Erlebnisse erfahrbar machten, wie Rundreisen und Diskussionsreihen mit Kriegsoptionen mehrerer Länder.

Natürlich sollte man sich in Bezug auf all diese Instrumente keinerlei Illusionen hingeben: Solche Initiativen würden kurzfristig auf große Widerstände treffen und das Suchen nach lokalen Partnern und Multiplikatoren würde sich als schwierig und zeitraubend erweisen. Doch eine Verlängerung der diskursiven Schonzeit brächte nichts, da die nationalen Eliten in ihrer großen Mehrheit kein Interesse haben, die »Kultur der Niederlage« aufzubrechen – sie haben sich in den heimischen Kartell-

und Monopolstrukturen gut eingerichtet. »Serbien ist voll seltsamer Feuer«, so schrieb einst die Lyrikerin Desanka Maksimović, »als verhielte der Mond hinter jedem Berg, als sei ihm das Land nicht gebeuer. (...) Man glaubt es nicht, dass dieses Land so düster ist und ständig zu Kämpfen bereit.« Diese Düsternis gilt es mit Geduld und Beständigkeit aufzuhellen, im Interesse eines europäischen Serbien, oder, um es mit den Worten der großen serbischen Dichterin zu sagen: »Seid ihm gut!«

Zum Weiterlesen: Literatur zur deutschen und europäischen Balkanpolitik sowie zur serbischen Politik und Geschichte

Blitz, Brad K. (Hrsg.) (2006): *War and Change in the Balkans. Nationalism, Conflict and Cooperation*. Cambridge: Cambridge University Press. Eine sehr gute Auswahl vertiefender Themen aus der Kriegs- wie Nachkriegszeit, u. a. zum Scheitern Jugoslawiens, Srebrenica, dem Kosovo-Krieg und der EU-Politik.

Bremer, Thomas, Nebojša Popov und Heinz-Günther Stobbe (Hrsg.) (1998): *Serbiens Weg in den Krieg. Kollektive Erinnerungen, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung*. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag. Serbische Autoren analysieren in schonungsloser Offenheit Aufstieg, Erscheinungsformen und Folgen des serbischen Ethnonationalismus.

Clewing, Konrad und Jens Reuter (Hrsg.) (2000): *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Akteure – Verlauf*. München: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit. Das mit Abstand beste Buch über den Kosovo-Krieg, mit einer ausführlichen Darstellung der Politik einzelner Staaten, aber auch der EU, der NATO und der UNO.

Elias, Norbert (1976, i.O. 1939): *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*, Band 1. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Judah, Tim (2000): *The Serbs. History, Myth & the Destruction of Yugoslavia*. New Haven: Yale University Press. Als gelernter Auslandskorrespondent versteht es Judah, historische Begebenheiten sehr anschaulich mit eigenen Erlebnissen zu verknüpfen.

Kramer, Helmut und Vedran Džihic (2006): *Die Kosovo Bilanz – Scheitert die internationale Gemeinschaft?* Münster: LIT-Verlag. Eine fundierte kritische Analyse der westlichen Kosovo-Politik nach dem Kosovo-Krieg.

Mazower, Mark (2003): *Der Balkan*. Berlin: Berliner Taschenbuchverlag. Eine leicht verständliche, umfassende Zusammenfassung der Geschichte des Balkans auf 200 Seiten – ein Klassiker!

Schievelbusch, Wolfgang (2003): *Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865. Frankreich 1871. Deutschland 1918*. Berlin: Alexander Fest Verlag.

Thomas, Robert (1999): *The Politics of Serbia in the 1990s*. New York: Columbia University Press. Für diejenigen, die sich für die bedeutungsschwere Dekade politischer Wirrungen vom Aufstieg Milošević bis zum Kosovo-Krieg interessieren, ist das Buch ein Muss.